



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Medienspiegel Kalenderwoche 51 / 2014

- 20Minuten, 15.12.14; Schule verzweifelt wegen «Helikopter-Eltern»
- Leserbrief Tagblatt 16.12.14
- Bluewinnews; 16. 12.14 Schwyzer Stimmbürger können wohl über Lehrplan 21 abstimmen
- Neue Luzerner Zeitung 18.12.14; Lehrplan 21 kommt in Schwyz vors Volk
- basellandschaftlichezeitung.ch 17.12.14, Baselbieter Politik stemmt sich gegen Sammelfächer
- Tagblatt, 20. Dezember 2014, Angepasst, aber nicht uniform

Sind Sie schon Mitglied in unserem Verein? Anmeldung an: info@starkevolksschulesg.ch

Unterstützen Sie unsere Bemühungen mit einem finanziellen Beitrag auf PC-Konto **61-562879-4** (IBAN: CH 48 0900 0000 6156 2879 4), für unsere Kinder - besten Dank



**Ja zu weniger
Schulbürokratie**

Ja zum HarmoS Austritt!

Sekretariat Starke Volksschule SG | Bahnhof 10 | 9422 Staad
Telefon 071 818 78 89 | sekretariat@starkevolksschulesg.ch



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

20Minuten, 15.12.14; Schule verzweifelt wegen «Helikopter-Eltern»

Sie tragen ihren Sprösslingen den Thek bis ins Schulzimmer und warten laut quatschend kurz vor Schulschluss im Gang.

Ralf Hermann, Rektor der Schillerschule in Bad Cannstatt, einem Stadtteil von Stuttgart, wusste nicht mehr weiter, darum schrieb er einen bösen Brief an die Grundschulleitern. Dabei ging es nicht um die Schüler, sondern deren Eltern und ihr überfürsorgliches Verhalten. So bringen diese «Helikopter-Eltern» offenbar nicht nur ihre Kinder mit dem Auto in die Schule, sondern tragen ihnen auch noch den Thek bis ins Schulzimmer.

Dort würden sie ihren Kindern dann noch helfen, die Jacke aus- und die Hausschuhe anzuziehen. Nicht selten nutze ein Vater oder eine Mutter noch die Gelegenheit, die unterschiedlichsten Dinge mit dem Klassenlehrer zu besprechen. Dabei sollte dieser schon längst mit dem Unterricht begonnen haben.

Appelle nützten nichts

«Neben der fehlenden Selbständigkeit der Kinder kommt es durch die grosse Zahl der im Haus befindlichen Eltern immer wieder zu Störungen des Unterrichts», ärgert sich der Rektor darum im Brief, wie die «Stuttgarter Zeitung» schreibt. Etwa durch Elterngespräche vor Unterrichtsende im Gang oder winkende Eltern an Fenstern. Es könne auch zu schwierigen Situationen kommen, wenn ein Papa auf der Jungentoilette mit fremden Kindern schimpfe. «Diese sagen dann gleich Ausdrücke zurück – und dann eskaliert's», so Hermann.

Der Schulleiter sagt, dies betreffe bei Weitem nicht nur Eltern von Erstklässlern, sondern auch Eltern von Schülern bis hin zur dritten Klasse. Mit Appellen an Elternabenden kam der Rektor nicht mehr weiter, darum hat er den Brief verfasst.

Eltern fordern wegen schlechten Noten ein Gespräch

Es sei die Vielzahl der kleinen Dinge, die das Fass zum Überlaufen bringe, stellt der Rektor gegenüber den Medien fest. So wollten die Eltern oft jede Kleinigkeit besprechen. Wenn ein Lehrer bei einer Notengebung von 2,5 in Mathematik die Notiz hinzufüge «Wenn du dich noch mehr anstrengst, kannst du eine Zwei schaffen», stünden am nächsten Tag der Vater, die Mutter oder beide Eltern auf der Matte. «Sie fordern eine Erklärung.»

Das fehlende Vertrauen der Eltern in die Schule wirke sich auch negativ auf den Lernerfolg der Kinder aus. «Die Kinder brauchen immer jemanden, der ihnen hilft», so Herrmann. Mit den Problemen ist die Schillerschule in Bad Cannstatt nicht allein. Auch in der Schweiz beklagen Lehrer, dass Eltern ihnen überall dreinreden und bei jeder schlechten Note gleich ins Schulhaus rennen.

<http://www.20min.ch/schweiz/news/story/16868144>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Leserbrief Tagblatt 16.12.14

Leserbrief: Rad nicht zurückdrehen

Ausgabe vom 11. Dezember 2014

Volksverhetzung?

Im Leserbrief von Helga Klee erhalten die Tagblatt-Leser ein klassisches Beispiel einer Hetzkampagne gegenüber einer kleinen Minderheit. Sie startet einen Frontalangriff auf die Freie Evangelische Gemeinde. Obwohl im Verein für eine starke Volksschule Initianten aus allen Lagern dabei sind. Zum Beispiel von verschiede-

nen politischen Parteien, Lehrpersonen, katholischen, reformierten Kirchen usw. Für mich ist es schockierend, wie die ehemalige FDP-Kantonsrätin und Schulleiterin über eine Gruppe Menschen herzieht, die nicht ihrer Meinung sind. Zum Glück können wir das «Rad der Zeit» nicht zurückdrehen! Ich bin froh über unsere freie demokratische Schweiz, in der diese Minderheiten auch in Zukunft ihre freie Meinung haben dürfen.

Markus Indermaur

Neuensteigstr. 19a, 9424 Rheineck



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Bluewinnews; 16. 12.14 **Schwyzer Stimmbürger können wohl über Lehrplan 21 abstimmen**

sda

Im Kanton Schwyz kann voraussichtlich das Stimmvolk über die Einführung des Deutschschweizer Lehrplans 21 befinden. Am Dienstag ist die Volksinitiative "Nein zum Lehrplan 21" bei der Staatskanzlei eingereicht worden.

Die Initiative will verhindern, dass der Lehrplan 21, der für die gesamte deutsche Schweiz einheitliche Lernziele setzen soll, an den Schwyzer Volksschulen eingeführt wird. Zudem verlangt sie in Bildungsfragen mehr Mitsprache für das Schwyzer Stimmvolk.

Insgesamt wurden 3038 Unterschriften gesammelt, wie das Initiativkomitee mitteilte. Nötig für das Zustandekommen einer Gesetzesinitiative sind im Kanton Schwyz 2000 Unterschriften. Die Regierung muss nun die Gültigkeit des Volksbegehrens prüfen. Danach muss sie dem Parlament innert 18 Monaten einen Antrag unterbreiten.

Dem Initiativkomitee gehören unter anderem Volksschullehrpersonen aus dem Kanton Schwyz an. Sie wollen das kantonale Volksschulgesetz in drei Punkten ändern. So soll ein Paragraph gestrichen werden, der Schulversuche zulässt. Daneben soll das Gesetz Jahrgangsziele und Schulfächer explizit auführen.

Ein neuer Passus sieht überdies vor, dass das Volk in grundlegenden Schulfragen mitentscheidet. Gemäss Initiative würden interkantonale Vereinbarungen zu Lehrplänen dem fakultativen Referendum unterliegen. Grundlegende Lehrplanänderungen müsste die Regierung dem Volk unterbreiten.

Kritik an "Minimal-Lehrstoff"

Die Initianten kritisieren den geplanten "stark reduzierten Minimal-Lehrstoff in Deutsch und Mathematik" und das "Verschwinden" vieler Fächer. Weil der Lerninhalt in Kompetenzen zerstückelt und keine Jahreslernziele mehr vorgegeben werden sollen, fehle eine strukturierte, solide Vermittlung von Grundwissen, schreiben sie.

Eltern, Lehrmeister und weiterführende Schulen stellten bei den Schulabgängern einen rapide sinkenden Ausbildungsstand fest und die Lern- und Konzentrationsschwierigkeiten würden steigen, schreibt das Initiativkomitee. Die Situation werde mit dem Lehrplan 21 weiter verschlechtert, befürchtet es.

Die Einführung des Lehrplans verursache zudem "riesige Kosten" zur Umschulung der Lehrpersonen, für neue Lehrmittel, Beurteilungssysteme und Schul-Infrastruktur.



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Einführung im Sommer 2017 geplant

Der Schwyzer Erziehungsrat will ungeachtet der Initiative am geplanten Fahrplan zur Einführung des Lehrplans im Sommer 2017 festhalten. Im November teilte er mit, das Bildungsdepartement sei beauftragt worden, die Vorbereitungsarbeiten für die Einführung weiter voran zu treiben.

Der Erziehungsrat will im April 2015 die Vernehmlassungsunterlagen zur Umsetzung, zur Lektionentafel sowie allfälligen kantonalen Anpassungen beraten. Danach soll im Kanton eine breite Vernehmlassung stattfinden.

Bezüglich Bedeutung und Verständnis des Lehrplans seien im Kanton noch "einiges an Unsicherheit" und teilweise auch Vorbehalte vorhanden, schrieb der Erziehungsrat. Das Bildungsdepartement plant deshalb für den Frühling 2015 eine Informationsoffensive mit mehreren Veranstaltungen für Bildungsverantwortliche und die Bevölkerung.

Widerstand in mehreren Kantonen

Auch in anderen Kantonen regt sich Widerstand gegen den neuen Lehrplan. In mehreren Kantonen wurden Volksinitiativen gegen den Lehrplan 21 lanciert oder sind in Vorbereitung, unter anderem im Aargau, in Baselland und in St. Gallen.

Je nach Kanton müssen die Lehrplan-Gegner zwei Volksinitiativen lancieren, um ihr Ziel zu erreichen: Erstens für einen Austritt aus dem HarmoS-Konkordat und zweitens für einen kantonalen Lehrplan.

Der Lehrplan 21 wurde im November von der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz zur Einführung freigegeben. Basel-Stadt will ihn als erster Kanton 2015 implementieren. Die meisten übrigen Kantone planen die Einführung im Sommer 2017, die Aargauer Regierung drei Jahre später.

Der Lehrplan 21 geht auf eine eidgenössische Volksabstimmung aus dem Jahr 2006 zurück. Damals sprachen sich eine Mehrheit der Stimmberechtigten für eine Harmonisierung der Schulen aus.

Der Lehrplan umfasst elf Schuljahre und beschreibt den Bildungsauftrag neu in Form von Kompetenzen. Er ist nicht dann erfüllt, wenn der Stoff behandelt ist, sondern wenn die Kinder das verlangte Wissen anwenden können.

<http://www.bluewin.ch/de/news/regional/region-east/2014/12/16/schwyzer-stimmbuerger-koennen-wohl-ueber-lehrplan-21-.html>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Neue Luzerner Zeitung 18.12.14; Lehrplan 21 kommt in Schwyz vors Volk



Der Schwyzer Staatskanzlei-Leiter Anton Waldvogel (Mitte) nahm am Dienstag von den Initianten

die Unterschriften «Nein zum Lehrplan 21» entgegen. (Ruggero Vercellone / Bote der Urschweiz)

BILDUNG · Im Kanton Schwyz kann voraussichtlich das Stimmvolk über die Einführung des Deutschschweizer Lehrplans 21 befinden. Am Dienstag ist die Volksinitiative «Nein zum Lehrplan 21» bei der Staatskanzlei eingereicht worden.

Die Initiative will verhindern, dass der Lehrplan 21, der für die gesamte deutsche Schweiz einheitliche Lernziele setzen soll, an den Schwyzer Volksschulen eingeführt wird. Zudem verlangt sie in Bildungsfragen mehr Mitsprache für das Schwyzer Stimmvolk.

Insgesamt wurden 3038 Unterschriften gesammelt, wie das Initiativkomitee mitteilte. Nötig für das Zustandekommen einer Gesetzesinitiative sind im Kanton Schwyz 2000 Unterschriften. Die Regierung muss nun die Gültigkeit des Volksbegehrens prüfen. Danach muss sie dem Parlament innert 18 Monaten einen Antrag unterbreiten.

Dem Initiativkomitee gehören unter anderem Volksschullehrpersonen aus dem Kanton Schwyz an. Sie wollen das kantonale Volksschulgesetz in drei Punkten ändern. So soll ein Paragraph gestrichen werden, der Schulversuche zulässt. Daneben soll das Gesetz Jahrgangsziele und Schulfächer explizit auführen.

Ein neuer Passus sieht überdies vor, dass das Volk in grundlegenden Schulfragen mitentscheidet. Gemäss Initiative würden interkantonale Vereinbarungen zu Lehrplänen dem fakultativen Referendum unterliegen. Grundlegende Lehrplanänderungen müsste die Regierung dem Volk unterbreiten.

Kritik an «Minimal-Lehrstoff»

Die Initianten kritisieren den geplanten «stark reduzierten Minimal-Lehrstoff in Deutsch und Mathematik» und das «Verschwinden» vieler Fächer. Weil der Lerninhalt in Kompetenzen zerstückelt und keine Jahreslernziele mehr vorgegeben werden sollen, fehle eine strukturierte, solide Vermittlung von Grundwissen, schreiben sie.



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Eltern, Lehrmeister und weiterführende Schulen stellten bei den Schulabgängern einen rapide sinkenden Ausbildungsstand fest und die Lern- und Konzentrationsschwierigkeiten würden steigen, schreibt das Initiativkomitee. Die Situation werde mit dem Lehrplan 21 weiter verschlechtert, befürchtet es.

Die Einführung des Lehrplans verursache zudem «riesige Kosten» zur Umschulung der Lehrpersonen, für neue Lehrmittel, Beurteilungssysteme und Schul-Infrastruktur.

Einführung im Sommer 2017 geplant

Der Schwyzer Erziehungsrat will ungeachtet der Initiative am geplanten Fahrplan zur Einführung des Lehrplans im Sommer 2017 festhalten. Im November teilte er mit, das Bildungsdepartement sei beauftragt worden, die Vorbereitungsarbeiten für die Einführung weiter voran zu treiben.

Der Erziehungsrat will im April 2015 die Vernehmlassungsunterlagen zur Umsetzung, zur Lektionentafel sowie allfälligen kantonalen Anpassungen beraten. Danach soll im Kanton eine breite Vernehmlassung stattfinden.

Bezüglich Bedeutung und Verständnis des Lehrplans seien im Kanton noch «einiges an Unsicherheit» und teilweise auch Vorbehalte vorhanden, schrieb der Erziehungsrat. Das Bildungsdepartement plant deshalb für den Frühling 2015 eine Informationsoffensive mit mehreren Veranstaltungen für Bildungsverantwortliche und die Bevölkerung.

Widerstand in mehreren Kantonen

Auch in anderen Kantonen regt sich Widerstand gegen den neuen Lehrplan. In mehreren Kantonen wurden Volksinitiativen gegen den Lehrplan 21 lanciert oder sind in Vorbereitung, unter anderem im Aargau, in Baselland und in St. Gallen.

Je nach Kanton müssen die Lehrplan-Gegner zwei Volksinitiativen lancieren, um ihr Ziel zu erreichen: Erstens für einen Austritt aus dem HarmoS-Konkordat und zweitens für einen kantonalen Lehrplan.

Der Lehrplan 21 wurde im November von der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz zur Einführung freigegeben. Basel-Stadt will ihn als erster Kanton 2015 implementieren. Die meisten übrigen Kantone planen die Einführung im Sommer 2017, die Aargauer Regierung drei Jahre später.

Der Lehrplan 21 geht auf eine eidgenössische Volksabstimmung aus dem Jahr 2006 zurück. Damals sprachen sich eine Mehrheit der Stimmberechtigten für eine Harmonisierung der Schulen aus.



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Der Lehrplan umfasst elf Schuljahre und beschreibt den Bildungsauftrag neu in Form von Kompetenzen. Er ist nicht dann erfüllt, wenn der Stoff behandelt ist, sondern wenn die Kinder das verlangte Wissen anwenden können.

<http://www.luzernerzeitung.ch/nachrichten/zentralschweiz/sz/schwyz/Lehrplan-21-kommt-in-Schwyz-vors-Volk;art96,462000>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

basellandschaftlichezeitung.ch 17.12.14, **Baselbieter Politik stemmt sich gegen Sammelfächer**

Die Wahrscheinlichkeit ist gross, dass Baselbieter Sekundarlehrer noch lange ausschliesslich Einzelfächer unterrichten. Keystone

Die Einführung von Sammelfächern in Baselbieter Schule wird immer unwahrscheinlicher. Der Widerstand aus der Politik wächst. Am Schluss entscheidet wohl das Volk, ob an den Einzelfächern festgehalten wird. von Michael Nittnaus

Vernetztes Denken ist wichtig. Dass es etwa bei Physik, Chemie und Biologie starke Überschneidungen geben kann, ist unbestritten. Was liegt da näher, als in der Sekundarschule diese Einzelfächer zu einem zusammenzufassen? Die Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (D-EDK) wollte mit dem Lehrplan 21 genau das einführen: Bei obengenannten drei Fächern hiesse das Sammelfach «Natur und Technik». Aber auch Geschichte und Geografie («Räume, Zeiten, Gesellschaft») sowie Wirtschaft und Hauswirtschaft («Wirtschaft, Arbeit, Haushalt») sollen zusammengefasst werden.

In Baselland wird dieser Wechsel aber immer unwahrscheinlicher. Die parlamentarische Initiative von Grünen-Landrat Jürg Wiedemann, die den Erhalt der Einzelfächer auf Gesetzesstufe festschreiben will, bahnt sich ihren Weg unaufhaltsam Richtung Urne. Nachdem im Oktober bereits der Landrat mit 56 zu 27 Stimmen die Initiative befürwortet hatte, schickt die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission (BKSK) nun die entsprechende Vorlage in die Vernehmlassung. Auch die BKSK stimmt mit 9 zu 4 Stimmen klar gegen die Einführung der Sammelfächer. Da im Rat die SP bisher mehrheitlich zu ihrem Bildungsdirektor Urs Wüthrich und damit zu den neuen Sammelfächern hält, dürfte bei der abschliessenden Beratung das Vierfünftelmehr verpasst werden – und eine Volksabstimmung stünde an.

Lehrplan 21 erlaubt Einzelfächer

«Ich habe die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben, die SP zu überzeugen», sagt zwar Wiedemann. Aber vor einem Urnengang muss er sich eigentlich nicht fürchten. Zu deutlich sind die Vorbehalte gegen die Sammelfächer quer durch die Parteien – und unter den Lehrern. Dass Wüthrich den Initianten in der Landratsdebatte vorwarf, den Volksentscheid von 2010 zur Harmonisierung der Bildungslandschaft zu umgehen, bezeichnet Wiedemann trocken als «Blödsinn». Die Initiative setze bloss ein paar Leitplanken, ansonsten bleibe der Baselbieter Bildungsrat frei, über die Stufenlehrpläne und Stundentafeln zu beschliessen.

Auch glaubt Wiedemann nicht, dass sich Baselland durch den Verzicht auf Sammelfächer innerhalb der Nordwestschweiz isolieren würde, wie es die Bildungsdirektion erwartet. «Alle Kantone mit einem Langzeitgymnasium haben Einzelfächer und in Solothurn ist nun auch eine Initiative gegen die Sammelfächer geplant», sagt Wiedemann.

Laut einer Prüfung durch den Rechtsdienst des Regierungsrates schliessen zudem «weder Bundesrecht noch Harnos oder der Lehrplan 21 aus, welche Fächer in welchen Kombinationen unterrichtet werden». Es müssten lediglich die Unterrichtsziele und Bildungsstandards erreicht werden. Gerade seit der finalen Überarbeitung des Lehrplans 21 durch die D-EDK im November ist ausdrücklich erlaubt, auch weiter einzelfachlich getrennt zu unterrichten.



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Die Mehrheit der Bildungskommission ist überzeugt, dass der Verbleib bei Einfächern sich auch finanziell rechnet, da Lehrmittel weiter verwendet und Weiterbildungen unnötig würden. Sie glaubt zudem, dass Sammelfächer letztlich zu Bildungsabbau führen, da die einzelnen fachlichen Kompetenzen der Lehrer weniger wichtig würden.

<http://www.basellandschaftlichezeitung.ch/basel/baselbiet/baselbieter-politik-stemmt-sich-gegen-sammelfaecher-128666610>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Tagblatt, 20. Dezember 2014, **Angepasst, aber nicht uniform**



«Für friedliches Zusammenleben belanglos»: Schülerin mit Kopftuch. (Bild: Joker/Gudrun Pedersen)

Das St. Galler Verwaltungsgericht hat das begründete Urteil zum Kopftuchverbot der Schule St. Margrethen publiziert. Das Gericht fordert eine «Kultur der Toleranz.»

ANDRI ROSTETTLER

ST. GALLEN. Der Richterspruch hat schweizweit Wellen geworfen: Am 12. November hiess das St. Galler Verwaltungsgericht eine Beschwerde einer bosnischen Familie gegen das Kopftuchverbot der Schule St. Margrethen gut. Das betroffene Mädchen darf damit den Unterricht weiterhin mit Kopftuch besuchen.

Das Urteil löste geharnischte Reaktionen aus. Insbesondere die Junge SVP des Kantons, die seit Monaten für ein Kopftuch-verbot an der Volksschule kämpft, kritisierte den Entscheid massiv. «So stellen die Verwaltungsrichter nicht nur faktisch die Scharia über unser auf Freiheit und Gleichheit beruhendes Rechtssystem, sondern gefährden damit auch den Frieden zwischen den Religionen», schrieb die Jungpartei in einem Communiqué. Die Mutterpartei zeigte sich in der Wortwahl zwar zurückhaltender, aber nicht minder kritisch: Das islamische Kopftuch sei «ein klares Symbol der Abgrenzung» und widerspreche den pädagogischen Inhalten und Lernzielen der Volksschule, teilte die Partei mit.

Umgang mit Fundamentalisten

Seit gestern liegt nun das begründete Urteil des Verwaltungsgerichts vor. In dem 26seitigen Schreiben setzt sich das Gericht noch einmal detailliert mit Religionsfreiheit, Integration und der Verhältnismässigkeit eines Kopftuchverbots auseinander. Eingehend behandelt wird auch die Argumentation der Schule St. Margrethen. Diese weise «an sich» zu Recht darauf hin, dass die Integration von Menschen mit verschiedener Herkunft, Religion und Kultur eine Anpassung an bestimmte gemeinsame Regeln verlange. Für das Gericht ist aber klar, dass eine solche «rituelle Grundwertebeschwörung» gerade im Umgang mit Fundamentalisten an Grenzen stösst. Das Gericht nimmt damit Bezug auf die Familie des betroffenen Mädchens: Die Eltern sind Anhänger einer fundamentalistischen Auslegung des Korans und haben sich gegenüber der Schule mehrfach unkooperativ gezeigt. Im Rechtsstreit mit der Schule und dem Bildungsdepartement des Kantons wurde die Familie zudem vom Islamischen Zentralrat unterstützt, einer radikalen Splittergruppe, die von einer überwältigenden Mehrheit der in der Schweiz lebenden Moslems abgelehnt wird.



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Äusserlichkeiten als Hindernis

Solche Fälle dürfen aber gemäss dem Urteil des Verwaltungsgerichts nicht zur Messlatte für den Umgang mit Andersgläubigen werden. «Wer die liberale Demokratie verteidigen will, ist deshalb gut beraten, sich nicht in eine falsche Entgegensetzung von <laizistischem Staat> und <fundamentalistischer Religion> abtun», heisst es im Urteil. Vielmehr müsse es darum gehen, eine «Kultur der Toleranz» zu stärken. «Integration kann nicht gelingen, wenn sich die Gesellschaft bereits von Äusserlichkeiten aufhalten lässt, die für ein friedliches Zusammenleben in gegenseitigem Respekt belanglos sind.» Das Zusammenleben von verschiedenen Kulturen und Religionen in ein und derselben Gesellschaft verlange angepasstes, aber nicht uniformes Verhalten.

Das anonymisierte Urteil wird voraussichtlich am kommenden Montag gegen Mittag im Internet aufgeschaltet. Die Schule St. Margrethen hat nun 30 Tage Zeit für einen allfälligen Weiterzug ans Bundesgericht.